

## Angleichung der Renten an das Westniveau sofort!

Die Fraktion hat einen Antrag als Beschlussvorlage (Drucksache 18/982) eingebracht. Die Beratung darüber in erster Lesung soll im Parlament – nach bisher veröffentlichter Vorplanung – am 5 Juni 2014 erfolgen. In dem Antrag heißt es: „Auch 24 Jahre nach der deutschen Einheit gilt in Ost und West ein unterschiedliches Rentenrecht. Eine vergleichbare Lebensleistung wird nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt. Dieser Zustand muss auf schnellem Wege und in gerechter Weise beendet werden.

Nachdem die Regierung aus CDU/CSU und FDP ihr im Koalitionsvertrag von 2009 gemachtes Versprechen, in der 17. Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen, in eklatanter Weise gebrochen hat, will auch die neue aus CDU/CSU und SPD gebildete Bundesregierung die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Erst in zwei Jahren – am 1. Juli 2016 – soll laut dem Koalitionsvertrag geprüft werden, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat und auf dieser Grundlage entschieden werden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist. Wenn sie dann überhaupt in Angriff genommen werden würde, soll die Angleichung erst 2020, zum Ende des Solidarpakts II, abgeschlossen sein. Die Menschen im Osten haben aber schon viel zu lange darauf gewartet, dass endlich zumindest Schritte dahingehend unternommen werden, ihre Lebensleistung in der Rente in gleicher Weise anzuerkennen. Die stufenweise Angleichung der Rentenwerte in Ostdeutschland auf das Westniveau muss daher deutlich schneller kommen und deutlich früher abgeschlossen werden.

Allein durch die Lohnentwicklung wird sich der fortbestehende Unterschied zwischen den Rentenwerten nicht erledigen. Der gesetzliche Mindestlohn, so wie ihn die Bundesregierung plant, soll erst ab 2018 flächendeckend gelten und viele Ausnahmen enthalten. Eine schnelle Angleichung der Renten wird so nicht erreicht werden.

Die Angleichung der Löhne im Osten kam bereits Mitte der 90er Jahre ins Stocken. Sie stagniert seit Jahren bei ca. 78 Prozent der

durchschnittlichen Westbruttolöhne. Die Differenz zwischen den Rentenwerten hat sich zwar von 2012 zu 2013 um 2,7 Prozentpunkte verringert und wird zum 1. Juli 2014 um weitere 0,7 Prozentpunkte auf 7,8 Prozentpunkte zurückgehen.

Durchschnittlich Verdienende müssen nach 45 Beitragsjahren aber auch dann noch mit rund 100 Euro weniger im Monat auskommen als Versicherte im Westen mit gleicher Lebensleistung. Das ist ungerecht und nicht akzeptabel.

Auch ist die Verringerung des Abstands der Rentenwerte nicht der fortschreitenden Lohnangleichung zu verdanken, sondern aufgrund der durch die Krise vor allem im Westen verursachten Sondereffekte (Kurzarbeit) und deren Auswirkungen auf die Rentenanpassung der Folgejahre. Außerdem macht sich der Umstand bemerkbar, dass im Osten der durch die Rentengarantie entstandene Ausgleichsbedarf bereits im vergangenen Jahr abgebaut worden war, wohingegen er im Westen auch die diesjährige Rentenanpassung erheblich mindert. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Angleichung in naher Zukunft ohne politisches Eingreifen große Fortschritte machen wird.

Der Rentenversicherungsbericht 2013 der Bundesregierung prognostiziert bis 2017 lediglich einen Rückgang des Abstands um 0,4 Prozentpunkte.

Es ist deshalb nach wie vor notwendig, dass der Gesetzgeber den Angleichungsprozess auf politischem Wege forciert. Er muss dies durch eine Politik tun, die bessere Rahmenbedingungen für eine positive Lohnentwicklung im Osten schafft. Gleichzeitig muss er die fortbestehende Differenz zwischen den Rentenwerten durch einen steuerfinanzierten, stufenweise ansteigenden Zuschlag kompensieren. Damit nicht weiterhin Leistungen wie Kinderziehung und Pflege in Ost und West unterschiedlich in der Rente anerkannt werden, müssen außerdem die pauschal bewerteten Zeiten umgehend angeglichen werden.

Bei der Angleichung dürfen weder Rentnerinnen und Rentner gegen Erwerbstätige noch eine vernünftige Wirtschafts- und Lohnpolitik

gegen eine politisch forcierte Angleichung der Rentenwerte ausgespielt werden. Es muss das Eine getan werden, ohne das Andere zu lassen.

Das bedeutet auch, dass die Arbeitsentgelte Ostdeutscher weiterhin hochgerechnet werden müssen, solange es noch so starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt. Die für die unmittelbare Angleichung der pauschal bewerteten Zeiten und den Zuschlag zum Ausgleich der Differenz der Rentenwerte notwendigen Mittel müssen aus Steuern finanziert werden.

Deren Aufkommen kann durch eine sozial gerechte Steuerreform, die die hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne deutlich stärker als heute belastet, die niedrigen und mittleren Einkommen entlastet, um bis zu 180 Mrd. Euro jährlich gesteigert werden.“

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, so der Antrag, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem beginnend ab 1. Juli 2014

„1. ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag eingeführt wird, mit dem für im Osten Deutschlands erworbene Rentenanwartschaften der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten Ost und West bis zum Jahresende 2017 sukzessive ausgeglichen wird. Der Zuschlag wird solange gezahlt, bis der Unterschied zwischen dem jeweils aktuellen Rentenwert (Ost) und dem jeweils aktuellen Rentenwert (West) im Zuge der Angleichung der Löhne und Gehälter überwunden ist. Bis dahin bleibt auch die Hochwertung der Entgelte im Osten bestehen;

2. für die pauschal bewerteten Zeiten der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen, des Wehr- und Zivildienstes sowie Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung einheitlich Entgeltpunkte nach § 70 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) zuerkannt und diese damit mit dem aktuellen Rentenwert nach § 68 SGB VI bewertet werden, der im Westen der Bundesrepublik gilt.“

ISOR hält diesen Antrag gemeinsam mit anderen Sozialverbänden für fällig und situativ angemessen.

Wir informieren unsere Mitglieder hiermit über die parlamentarische Initiative der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und bitten, darüber mit den Abgeordneten des Bundestages in ihren Wahlkreisen parteiübergreifend ins Gespräch zu kommen.

\*

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Horst Parton und Wolfgang Schmidt berichteten über ihre Teilnahme am Parteitag der Partei die LINKE vom 09. – 11.05. 2014.

\*

Am 04.06. findet im Karl-Liebknecht-Haus eine Beratung der Partei die LINKE zu Rentenfragen statt, die vom Ostbeauftragten Roland Claus ge-

leitet und von Dr. Martina Bunge moderiert wird. Horst Parton und weitere Vorstandmitglieder werden an der Beratung teilnehmen.

\*

Horst Parton informierte über ein nunmehr schriftlich vorliegendes abweisendes Urteil des LSG Berlin - Brandenburg zu einer von Dr. Helmers vertretenen Klage zum § 7 AAÜG. Dr. Helmers hat daraufhin Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Damit liegen dem Bundesverfassungsgericht jetzt insgesamt sieben Verfassungsbeschwerden zum § 7 und zwei zum § 6 (2) AAÜG vor.

\*

Wolfgang Schmidt erläuterte Aussagen der Mitgliederstatistik für den Zeitraum

01.10.2013 – 31.03.2014. Danach hat sich die Mitgliederzahl der ISOR durch Sterbefälle und Austritte weiter verringert und beträgt jetzt 18.776 Mitglieder. Erfreulicherweise wurden im Berichtszeitraum auch 102 Mitglieder neu aufgenommen. Das Durchschnittsalter der ISOR-Mitglieder hat sich weiter erhöht und beträgt derzeit 74,5 Jahre.

\*

Manfred Krumbholz erstattete den Bericht der Revisionskommission zur Prüfung des Finanzhaushaltes von ISOR für das II. Halbjahr 2013.

Er bestätigte die ordnungsgemäße Führung der Finanzen. Stichprobenkontrollen zur Verwaltung der Finanzen in 34 TIG erbrachten bei fünf TIG geringe Differenzen, die haupt-

sächlich buchungstechnisch bedingt, jedoch auch von den Kassenprüfern übersehen worden waren.

Der Vorstand beschloss einstimmig, dem Schatzmeister für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung zu erteilen.

\*

Auf der Delegiertenkonferenz der GBM am 22.05.2014 informierte der erneut zum Vorsitzenden gewählte Karl-Heinz Wendt, dass seitens der GBM bisher 11.125 Unterschriften zur Petition für eine baldige Angleichung der Rentenwerte Ost an West gesammelt wurden.

Der Vorstand bittet die Vorstände der TIG, zum Ende des Monats den Rücklauf der Unterschriftenlisten an die Geschäftsstelle abzuschließen.



Zu einer Mitgliederversammlung im „Sporthotel“ hatte die **TIG Mühlhausen** ihre Mitglieder und Angehörigen aus Mühlhausen, dem Unstrut-Hainich-Kreis, dem Eichsfeld-Kreis sowie Freunde aus der TIG Gotha eingeladen. Als Gast begrüßten wir das Mitglied des Vorstandes Dieter Wittstock. Das Hauptthema der Zusammenkunft war die Auswertung der Vertreterversammlung vom Herbst 2013. Zu Beginn schätzte er die gegenwärtige Lage in der Ukraine ein. Die Situation in unserem Verein wurde ebenfalls angesprochen und die temperamentvollen Ausführungen des Gastes fanden die volle Zustimmung der Anwesenden. Es wurde allen klar, dass der Kampf um Rentengerechtigkeit ein Anliegen aller Mitglieder der ISOR sein muss. Dieser Kampf war und wird nicht einfach. Nur ein tatkräftiger Einsatz aller gebündelten Kräfte kann helfen, zu unserem Recht vor dem Bundesverfassungsgericht zu kommen. Der steigende Altersdurchschnitt und die räumliche Trennung machen es nicht immer einfach, dies zu bewältigen. Trotzdem ist es unser Ziel, durch regelmäßige Mitgliederversammlungen, Sommerwanderungen, Weihnachtsfeiern und persönliche Besuche, gemeinsam mit den Angehörigen, in ständiger Verbindung zu bleiben. Mit diesen Aktivitäten versuchen wir, den Zusammenhalt zu stärken. Zum Abschluss der Zusammenkunft forderte der Vorsitzende der TIG, Rainer Gründl, nochmals auf, durch aktive Beteiligung die Petition „Für die Angleichung der Rentenwerte Ost an West“ zu einem vollen Erfolg werden zu lassen.

**Eberhard Pieler**

\*

Wollen wir nicht mal eine Fahrt zu den Seelower Höhen machen? Diese Idee ent-

stand schon im Sommer 2013 zwischen dem Vorsitzenden des RotFuchs und dem **TIG**-Vorsitzenden von **Rügen**. Da gibt es doch bestimmt Interessenten. Wir gingen an die Organisation und fanden auch Unterstützung bei der TIG Strausberg. Am 21.05.14 war es dann soweit. Aus dem Bereich Rügen und Stralsund wurden die Freunde mit einem gecharterten Bus eingesammelt. An der Gedenkstätte in Seelow wurden wir von drei Beauftragten der TIG Strausberg in Empfang genommen. Die organisierte Führung war für uns von hohem Informationsgehalt, wurde doch deutlich, mit welcher Grausamkeit Kriege geführt werden. Weiter ging es nach Müncheberg. Hier erhielten wir von Roland Winkler, der gleichzeitig dem dort ansässigen Verein für Heimatgeschichte angehört, einen Einblick in die Geschichte von Müncheberg, in die Mehrfachnutzung der Stadtpfarrkirche St. Marien für kirchliche und weltliche Zwecke nach deren Rekonstruktion und den vorbereiteten Imbiss. Hierbei gab der stellv. Vorsitzende der TIG Strausberg Helmar Tietze, einen Einblick in die Arbeit seiner TIG. In der anschließenden Diskussion kam u.a. auch die Arbeit mit befreundeten Vereinen zur Sprache. Den Gesprächen bei unserer Rückfahrt war zu entnehmen, dass es allen gefallen hat. Ich möchte an dieser Stelle für die tatkräftige Unterstützung der TIG Strausberg danken. Ein gelungener Tag!

**Manfred Pietschmann**

\*

Während der DGB mit Blasmusik zum 1. Mai aufrief, war die **TIG Stendal** traditionsgemäß

mit einem Infostand und dem Transparent „Weg mit dem Rentenstrafrecht“ vertreten. Das Wetter war hervorragend und es kamen viele Menschen in den Tierpark Stendal. Der Infostand der TIG Stendal war mit interessantem Material und der Petition für die unverzügliche Angleichung der Rentenwerte Ost an West vertreten. Es wurden 43 Unterschriften gesammelt. Insgesamt können wir von einem gutem Besucherzuspruch ausgehen und wir haben gezeigt, dass wir noch da sind, für unsere Rente kämpfen und uns mit der biologischen Lösung nicht zufrieden geben.

**An dieser Stelle möchten wir informieren, dass das 14. Altmarkttreffen nicht am 6. September sondern am 13. September 13.00 Uhr in Jeggeleben Süd in der Gaststätte „Feine Sache“ stattfindet. Um rege Teilnahme wird gebeten. Interessenten melden sich bitte bis zum 25. August beim Vorsitzenden der TIG Salzwedel Wilfried Romatschke 03935/721 oder Vorsitzenden der TIG Stendal Eckhard Szabaschus 0176/20632512 oder per E-Mail [e.szabaschus@web.de](mailto:e.szabaschus@web.de).**

\*

Nun schon zum zweiten Male haben wir von der **TIG Halle** den diesjährigen 1. Mai auf dem Halleschen Obermarkt für eine neue Form der „Öffentlichkeitsarbeit“ genutzt. Gemeinsam mit Genossen der Regionalgruppe Halle des RotFuchs-Fördervereins waren wir dort präsent. Am gemeinsamen Stand der KPD und der DKP, neben der Partei DIE LINKE haben wir dort die aktuellen Ausgaben von **ISOR aktuell** und „RotFuchs“ ausgelegt. Es dauerte nur wenige Minuten, bis wir damit allgemeine Aufmerksamkeit erregt hatten. Etliche der Interessenten, die schon früh auf den Füßen waren und an uns herantraten, hatten bisher noch nichts von uns als **ISOR e. V.** und vom

RotFuchs-Förderverein gehört. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass es eine Reihe von Fragen gab, welche Ziele unsere Vereine verfolgen, wo wir präsent sind und welche Aktivitäten wo stattfinden. Das alles beantworteten wir ausführlich, nicht nur unseren Gesprächspartnern, teils auch in kleinen Gruppen. Da ist es auch nur zu verständlich, dass wir dabei unsere derzeitigen Aktivitäten, unsere aktuelle Unterschriftensammlung ins Gespräch brachten. Das überraschte die meisten, denn aus dem Bundestag, aus der „GroKo“, ist ja zu diesem Thema nichts zu hören. Fast alle unserer Gesprächspartner unterzeichneten sofort unsere Petition. Dabei war es interessant, dass die Unterzeichner nicht nur aus renten- oder rentennahen Jahrgängen kamen. Viele von ihnen gehörten jüngeren Jahrgängen an, wollen mit ihren Unterschriften vor allem ihren Eltern und Großeltern zur Rentengerechtigkeit verhelfen. Und das ist nur durch die unverzügliche Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West zu erreichen.

Wir freuen uns, was wir mit unserem gemeinsamen Auftreten, mit unseren gemeinsamen Gesprächen und der Unterschriften-

sammlung erreicht haben. Für uns steht es schon jetzt fest, dass wir auch im kommenden Jahr am 1. Mai den interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf dem Halleschen Obermarkt wieder auf alle Fragen Rede und Antwort stehen werden.

Klaus-Peter Breinig

### Aus der Postmappe

Dass unsere politischen Aktionen auch immer eine internationale Komponente haben, wandte sich unser Zentralrat mit einer Erklärung an die Mitglieder im Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), in der es unter Hinweis auf den 9. Mai 2014 u.a. heisst: „Der Imperialismus bedroht erneut den Frieden in der Welt. Jüngst ist die Ukraine zum Spielball der imperialistischen Räuber geworden. Die imperialistischen Mächte kämpfen im Bund mit der Konterrevolution um die Reste des ehemaligen Volkseigentums. Sie werden beim Kampf um die Neuaufteilung der ehemals sozialistischen Gebiete nicht davor zurückschrecken, die Welt ein drittes Mal innerhalb von 100 Jahren in

einen Krieg zu stürzen. Heute, vor 69 Jahren, am 9. Mai 1945 beendete die sozialistische Sowjetunion den letzten Weltkrieg mit der Niederschlagung des faschistischen Deutschlands. Wir gedenken damit der heroischen Rotarmisten und Partisanen, die im Kampf um die Befreiung unserer Völker von Faschismus und Krieg ihr Leben ließen. Wir setzen damit ein Zeichen für Heute. Es wird wieder die rote Fahne der Arbeiter sein, die den Kriegskurs der Imperialisten stoppt und der kapitalistischen Barbarei ein Ende setzen wird.

Die Zukunft gehört uns.“

Dabei gilt es, immer wieder zu entlarven, welche Rolle die Bundeswehr spielt. Sie gilt zudem als ganz „normaler krisensicherer“ Jobgeber, macht Werbung und es gibt kaum noch eine Messe, wo sie nicht präsent ist. Das ist mittlerweile zu einer erschreckenden Normalität geworden.

Was allerdings letzters bei uns in Dresden für Aufregung sorgte, war die Tatsache, dass ein Bundeswehr-Orchester in der Frauenkirche

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4

## (P)Fundsache aus ISOR EXTRA/TIG HRO

Eine **RotFuchs-Veranstaltung in Rostock mit unserem stellv. Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff** wird mir kaum neue Informationen geben, aber Erscheinen ist Pflicht. Geht es doch um unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht. Pünktlich begann Prof. Bischoff vor ca. 60 Anwesenden (ca. 50 % ISOR-Mitgliedern) seinen Vortrag.

Zunächst gab er einen Abriss der Geschichte und Entwicklung der Rentenversicherung und deren Wertneutralität. Er hob hervor, dass sozialer Kampf gegen das Rentenstrafrecht immer auch ein politischer Kampf ist und umgekehrt. Dieser Kampf mündet oft in Beschimpfungen durch unsere Gegner. Doch Beschimpfungen können für uns auch Ehrenbezeugungen sein (wenn der Gegner uns lobt, müssen wir hellhörig werden). Prof. Dr. Bischoff sagte sinngemäß, dass unser Kampf kein Selbstläufer ist. „Wichtig ist zu wissen, dass Normen keinen Kampf austragen. Wir

müssen die Normen für unseren Kampf nutzen.“ Auch wenn wir unseren jetzigen Kampf vor allem auf die Mitarbeiter des ehemaligen MfS ausrichten, so ist noch längst nicht alles für andere ISOR-Mitglieder erreicht worden. „Es kann doch nicht sein, dass ein General der NVA die gleiche Rente erhält wie ein Feldwebel der Bundeswehr.“ Dieser Staat wartet auf die „Müdigkeit“ im Alter und die „biologische“ Schwächung unseres Kampfes. „Aber“, so Prof. Dr. Bischoff, „wir haben seit zwei Jahren keinen abschlägigen Bescheid unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhalten. Ich werte dies als positives Zeichen. Abschlägige Antworten werden in der Regel schneller erteilt. Unsere Gutachten sind also nicht so einfach vom Tisch zu wischen.“ Abschließend ging Prof. Dr. Bischoff auf die Situation nach einem Urteil ein. Auch nach einer Ablehnung kann der Kampf weitergeführt werden. Dies entscheidet nicht der

Vorstand von ISOR, sondern die Mitglieder. „Sozialer Kampf ist politischer Kampf und jeder Genosse sollte solange er kann, auch kämpfen.“ Nach einem abschlägigen Urteil sollte unser Kampf breiter werden. Dazu müssen kommen: der verstärkte Kampf um die Rentenangleichung zwischen Ost und West, um die Aufhebung von Berufsverbote, der Kampf gegen die Aberkennung von Mandaten wegen der ehemaligen Verbindung zum MfS und anderes mehr. Außerdem sind wir dies unseren inzwischen ca. 12000 verstorbenen ISOR-Mitgliedern schuldig. Wir sind aufgefordert, für deren Ehre und Kampf weiter zu kämpfen und dies muss mit allen politischen Mitteln und gemeinsam mit unseren politischen Bündnispartnern geschehen. Wenn ich im Vorfeld der Meinung war, dass mir diese Veranstaltung keine neuen Denkanstöße geben würde, so hatte ich mich gründlich geirrt.

Jürgen Darmer

### Zwischenruf

Ohne allgemeine freie Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der

Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Claqueurwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft ...

Rosa Luxemburg

zum öffentlichen Gottesdienst spielte. Nun kann es zum Wiederaufbau und Symbolgehalt dieser Kirche unterschiedliche Auffassungen geben. Der gemeinsame Nenner ist aber die Tatsache, dass sich die Bundeswehr in allen Bereichen der Gesellschaft breitmacht.

Deshalb trafen sich am 30. April vor Beginn dieses öffentlichen Gottesdienstes jene, die damit ein Problem hatten. Auf jeden Fall hätten es mehr Leute sein müssen, gerade auch von den Dresdnern selbst, die ja immer so stolz auf diesen ihren touristischen Anziehungspunkt namens Frauenkirche sind.

Die Aktivisten Vorort waren alters- und organisationsübergreifend, auch Privatpersonen, und nicht nur aus Dresden. Wir hatten uns – nachdem wir unsere beschlagnahmten FDJ-Hemden von der Polizei abgeholt hatten – mit eingeklinkt und unsere Position per Transparent deutlich gemacht „100 Jahre I. Weltkrieg, 75 Jahre II. Weltkrieg, 15 Jahre Angriffskrieg gegen Jugoslawien, heute die Ukraine und morgen wieder gegen Russland, die USA und den Rest der Welt.“ Es ist zu befürchten, dass wir diese Problematik dieses Jahr nicht zum letzten Mal thematisiert haben und dran bleiben müssen.

Martina Holzinger

### Bei anderen gelesen

„Die Verbesserung bei den Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder ist ein

Schritt für mehr Gerechtigkeit, den die Volkssolidarität begrüßt.“ Dies erklärte der amtierende Präsident der Volkssolidarität, Dr. Frank-Michael Pietzsch, am Freitag anlässlich der Verabschiedung des Rentenpakets im Bundestag. „Aber es bleibt enttäuschend, dass die Mütterrente im Osten im Jahr 24 der deutschen Einheit niedriger ausfallen soll. Hier fordert die Volkssolidarität dringend Nachbesserung.“

Als fragwürdig bezeichnete der amtierende Verbandspräsident die Wirkungen für die ca. 300.000 Frauen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. „Es kann nicht sein, dass gerade diese Frauen von der Verbesserung bei den Kindererziehungszeiten vollkommen ausgeschlossen sind, weil die Einkommen angerechnet werden. Hier wird Altersarmut bestätigt, statt sie abzubauen. In der Grundsicherung im Alter müssen daher wenigstens teilweise in der Alterssicherung erworbene Ansprüche von der Einkommensanrechnung freigestellt werden.“

Einwände äußerte Pietzsch auch dagegen, wie die Mütterrente finanziert wird. „Familienpolitische Leistungen müssen über Steuern finanziert werden. Jetzt wird dafür aber die Rücklage der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt und abgeschmolzen. Dadurch müssen Versicherte früher mit Beitragserhöhungen rechnen und Rentner mit geringeren Rentenanpassungen. Die Folge ist ein sinkendes Rentenniveau – noch über das Maß hinaus, mit dem bisher gerechnet wur-

de. Mit einer solchen Entwertung erworbener Rentenansprüche können und wollen wir uns nicht zufriedengeben. Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus darf es nicht geben.“

(Pressemitteilung der Volkssolidarität vom 23. Mai 2014)

\*

Der „Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V.“ vermerkt im seinem Journal „Das Grundstück“ (Ausgabe 4/2014) unter dem Titel „Rentenangleichung bleibt offen“: Die Ost-West-Angleichung und ein Rentenüberleitungsschlussgesetz zur Bereinigung der weiter anwachsenden Ungerechtigkeiten scheint immer mehr in Vergessenheit zu geraten. Erst zum 1. Juli 2016 soll geprüft werden, wie weit sich der Angleichungsprozess vollzogen hat. Das heißt im Klartext: Welche Ergebnisse hat die biologische Lösung bis dahin erbracht, lohnt sich der „Aufwand“ noch?

### Sehenswert

#### Polizeihistorisches Museum Pfaffroda - Schönfeld

Privates Museum zur Geschichte der Deutschen Volkspolizei und den Organen des Ministeriums des Innern.

Inhaber: Klaus-Dieter Erbe

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 6

## Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. Berlin

Das Regime in Kiew führt einen Krieg gegen das eigene Volk und bedient – ungeachtet der Opfer – die Aufträge jener, die sie an die Macht gebracht haben – insbesondere der USA, der EU und der BRD

Die einseitige Unterstützung der Kiewer Putschisten und die Ignoranz des Volkswillens im Osten und Süden der Ukraine sind keine politische Basis für die Lösung des Konflikts.

**Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde verurteilt diese Politik mit aller Entschiedenheit. Sie führt zur Destabilisierung und zu ernster Gefährdung des Friedens in Europa.**

(...) Ermutigt durch das Zustandekommen des Regimes in Kiew, erhalten faschistische Bewegungen in Europa Auftrieb.

**Wir fordern von der Bundesregierung mit Nachdruck: Keine Tolerierung und Unterstützung von Faschisten in der Ukraine.**

Um die Ukraine endgültig unter ihre Kontrolle zu bringen wollen USA und EU den Kollaps der Wirtschaft abwenden, was zu weiteren Verwerfungen in der sozialen Lage der Menschen führen wird. Unangetastet bleibt die Macht der schwerreichen ukrainischen Oligarchen, die das Regime in Kiew stützen.

**Als Menschenrechtsorganisation fordert die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde von der**

**Bundesregierung ihre Politik gegenüber dem Regime in Kiew gemäß dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Menschen durchzuführen.**

Eine fortdauernde Belastung der Beziehungen zu Russland durch Schuldzuweisungen und Drohungen mit Sanktionen richtet sich letztendlich gegen die Interessen des deutschen Volkes und gegen eine stabile Entwicklung in Europa. Russland hat diese Krise nicht verursacht. Seine Vorschläge zu ihrer Beilegung wurden von den Westmächten von Anfang an ignoriert.

**Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde stellt fest; dass Hetze und Drohungen gegen die Russische Föderation und ihren Präsidenten in den Medien der BRD und auch in Regierungs-Erklärungen nicht zur Lösung des Konfliktes in und um die Ukraine beitragen.**

(...) **Wir fordern**, dass die Machthaber in Kiew, die nicht zuletzt durch die Politik der BRD an die Regierung gekommen sind, von ihr auch aufgehalten werden, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen, weiterhin die Rechte der Menschen in den Regionen zu missachten.

**Wir fordern** von der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass an dem von ihr vorgeschlagenen Dialog zur Beilegung der Krise in der Ukraine alle politischen Kräfte teilnehmen können.

Die Erinnerung an unsere Vergangenheit ist es wert, erhalten zu bleiben. Denn diese ist ein Teil von uns. Längst ist das nach derzeitigem Kenntnisstand in dieser Art einzige private Museum zur Geschichte der Deutschen Volkspolizei in der Bundesrepublik Deutschland, das vorerst noch im eigenen Haus mit ca. 78 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche auskommen muss, in der Öffentlichkeit präsent. Falls sie das Museum finanziell, mit Sachgaben aus ihren privaten Besitz bzw. aus Nachlässen oder in anderer Art und Weise unterstützen möchten, worüber wir uns sehr freuen würden, so nutzen sie bitte die nachgenannten Kontaktdaten.

Das Polizeihistorische Museum befindet sich in 09526 Pfaffroda- Schönfeld, Schönfelder Straße 12. Besuche und wenn gewünscht Führungen sind nach telefonischer Absprache unter Tel. 037360- 6146 od. 015117249414 bzw. E-Mail klaus-dieter.erber@grnx.de möglich. Die offizielle Website ist unter [klausdietererber.magix.net/website](http://klausdietererber.magix.net/website) aufrufbar.

## Lesenswert

Heinz Günther

### Überzeugung ist nicht käuflich

Das Leben des Aufklärers Jürgen Rogalla (Verlag am park Berlin 2014)  
ISBN 978 – 3 – 89793 – 218 – 0  
359 Seiten, Preis 16,99 Euro

Jürgen Rogalla war seit 1951 Angehöriger des MfS. Er kam 1959 in der HVA zum Einsatz und wurde von hier in den 60er Jahren im Rahmen solidarischer Hilfe der DDR für junge Nationalstaaten auf Regierungssuchen in Ghana eingesetzt. Seine Aufgabe dort bestand darin, Hilfe zu leisten bei der Herausbildung eigener Strukturen zur Gewährleistung der Sicherheit und bei der Ausbildung geeigneter Kräfte des Landes. Er leistete dort eine anerkannt erfolgreiche Arbeit, geriet aber während eines Staatsstreichs (Sturz der Regierung Nkrumah) in lebensbedrohliche Umstände und wurde mehrere Monate inhaftiert.

Während seiner Haftzeit wurde er vergeblich durch einen Vertreter des BND in der Tarnung eines katholischen Pfarrers – offenbar mit den Putschisten kooperierend – eine siebenstellige Bestechungssumme und die Befreiung aus der Haft angeboten, um ihn zum Übertritt zum BND zu bewegen. Seine schließliche Befreiung konnte durch umfangreiche operative Maßnahmen, vor allem mit solidarischer Hilfe jugoslawischer Dienste, erfolgen. Nach seiner Rückkehr in die DDR leitete Rogalla mehrere Jahre erfolgreich die Nordamerika – Abteilung der HVA, was ihm naturgemäß die Aufmerksamkeit der CIA einbrachte, die nun ihrerseits 1990 versuchte, ihn einzukaufen. Ein erneutes Abblitzen war bei einem Mann wie Rogalla programmiert, was die Denkhorizonte der CIA offenbar überstieg. Jürgen Rogalla gehört zu den vielen aufrechten Menschen unseres untergegangenen Staates, denen immer der Respekt und die Hochachtung seiner Genossen gehören wird. Es ist das Verdienst von Heinz Günther, Teile der Lebensgeschichte seines Freundes aufgeschrieben zu haben. Der Dank an ihn für sein publizistisches Engagement wird auch nicht getrübt durch die bedauerlich oberflächliche Edition des Verlages, die um so unverständlicher wird durch die Selbstab-solution im Impressum, es handele sich um eine „unlektorierte Autorenfassung“: man ist Besseres von ihm gewohnt. Vorgelegt wird – trotz handwerklicher Mängel – ein empfehlenswertes Buch, wofür man dem Autor danken möchte. Danke an Heinz Günther für die „unlektorierte Autorenfassung“ und an Jürgen Rogalla für seine Zustimmung zur Publikation.

H.B.

### Ein Dank, der stellvertretend für viele Schreiben stehen soll:

Ein herzliches Dankeschön für die solidarische Hilfe bei der Linderung der Hochwasserschäden 2013. Diese Hilfe zeigt, dass auch der Einzelne in der Not nicht allein gelassen wird. Sie gibt vielen Hoffnung und neuen Mut, für unsere gerechte Sache weiter zu kämpfen.

Harry Muth

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel , Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss:** 28.05.2014

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 25.06.2014

**Einstellung im Internet:** 04.07.2014

**Auslieferung:** 10.07.2014

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat  
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00  
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56  
BIC BELADEBEXXX

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315